

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	24. März 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

**Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015/16:  
Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichts-  
behörde**

**Vorlage: 2015/0141**

**dazu:**

**Strukturelle Ausgabensenkungen - Bürgerschaft einbinden**

**Änderungsantrag der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer (KULT)  
sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion vom 12. März 2015**

**Vorlage: 2015/0159**

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 einschließlich der 1. Veränderungsliste und der während der Beratung am 03./04. März 2015 beschlossenen Veränderungen, die in der 2. Veränderungsliste (Anlage 1) aufgeführt werden.  
  
Sämtliche Änderungen sind in den endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu übernehmen.
2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. April 2013 (GBl. S. 55, 58) die Haushaltssatzung:

**§ 1**

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird festgesetzt:

	Haushaltsjahr	
	2015 Euro	2016 Euro
1. im <b>Ergebnishaushalt</b> mit den folgenden Beträgen		
1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	1.124.545.946	1.163.312.425
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-1.128.565.196	-1.159.265.125
Globaler Minderaufwand (GMA)	2.500.000	2.500.000
<b>1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von</b>	<b>-1.519.250</b>	<b>6.547.300</b>
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0	0
<b>1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von</b>	<b>-1.519.250</b>	<b>6.547.300</b>

1.6.	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	7.560.000	5.060.000
1.7.	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0	0
<b>1.8.</b>	<b>Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von</b>	<b>7.560.000</b>	<b>5.060.000</b>
<b>1.9.</b>	<b>Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von</b>	<b>6.040.750</b>	<b>11.607.300</b>
2.	im <b>Finanzhaushalt</b> mit den folgenden Beträgen		
2.1.	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	1.102.771.677	1.143.897.861
2.2.	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von Globaler Minderaufwand (GMA)	-1.093.858.475 2.500.000	-1.106.723.028 2.500.000
<b>2.3.</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von</b>	<b>11.413.202</b>	<b>39.674.833</b>
2.4.	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	38.525.120	38.491.875
2.5.	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-194.076.037	-179.685.446
<b>2.6.</b>	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von</b>	<b>-155.550.917</b>	<b>-141.193.571</b>
<b>2.7.</b>	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von</b>	<b>-144.137.715</b>	<b>-101.518.738</b>
2.8.	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	89.000.000	129.660.000
2.9.	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-14.505.900	-25.658.400
<b>2.10.</b>	<b>Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von</b>	<b>74.494.100</b>	<b>104.001.600</b>
<b>2.11.</b>	<b>Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittel- bestands = Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von</b>	<b>-69.643.615</b>	<b>2.482.862</b>

	<b>Haushaltsjahr</b>	
	<b>2015</b>	<b>2016</b>
	Euro	Euro

**§ 2**

Der <b>Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen</b> für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	89.000.000	119.160.000
--	------------	-------------

**§ 3**

Der <b>Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen</b> , die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten ( <b>Verpflichtungsermächtigungen</b> ), wird festgesetzt auf	19.310.000	114.939.300
--	------------	-------------

**§ 4**

Der <b>Höchstbetrag der Kassenkredite</b> wird festgesetzt auf	125.000.000	125.000.000
--	-------------	-------------

## § 5

### Nachrichtlich: Hebesätze

Die **Hebesätze** sind in der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie folgt festgesetzt:

	2015	2016
1.		Grund-
steuer		
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	420 v. H.	420 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	420 v. H.	420 v. H.
2. Gewerbesteuer auf	430 v. H.	430 v. H.
der Steuermessbeträge		

Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen für die Haushaltsjahre 2015/2016 mit folgenden Festsetzungen:

	Haushaltsjahr	
	2015	2016
	Euro	Euro
Ordentliche Erträge/Einzahlungen	11.000	11.000
Ordentliche Aufwendungen/Auszahlungen gemäß Haushaltsplanentwurf Seite 412	11.000	11.000
3. Der Gemeinderat beschließt die vorgelegte Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2014 bis 2019. Die Finanzplanung wurde aufgrund der beschlossenen Veränderungen (Anlage 2) fortgeschrieben.		
4. Für eine zeitlich flexible Handhabung der Kreditaufnahme beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, die Kreditemächtigung - soweit erforderlich - auszuschöpfen. Sie berichtet bei Bedarf dem Hauptausschuss, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen sie hiervon Gebrauch gemacht hat.		
5. Für eine zeitlich flexiblere Handhabung der Gewährung von Bürgschaften verzichtet der Gemeinderat auf Vorberatungen im Hauptausschuss. Die Genehmigung durch den originär zuständigen Gemeinderat bleibt hiervon unberührt.		

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Der Entwurf des Haushaltsplans wurde am 2. Dezember 2014 mit den Etatreden eingebracht. Die Fraktionssprecher der Gruppierungen sowie Einzelstadträte haben dann am 13. Januar zum Haushalt Stellung genommen. Der Entwurf des Haushaltes sowie die 1. Veränderungsliste wurden am 24. Februar im Hauptausschuss vorberaten und die letztendliche Beratung fand dann in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 3. und 4. März statt. Anlässlich dieser Beratung wurden die in der 2. Veränderungsliste enthaltenen Veränderungen ebenfalls beschlossen. Darüber hinaus enthält die 2. Veränderungsliste die erhöhten Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz gemäß § 29 c FAG sowie die Reduzierung des Kreditbedarfs des Jahres 2016 auf den sich neu ergebenden Bedarf. Die Globale Minderausgabe wurde gemäß Ihrem Beschluss durch summenproportionale Aufteilung des Betrages auf das Sachkostenbudget ermittelt. Eventuelle Unklarheiten haben wir dann auch im Vorfeld miteinander besprochen. Bei der Berechnung außen vorgeblieben sind die Teilhaushalte 5000 Soziales und Jugend, 6900 Friedhof und Bestattung, 7200 Märkte, 7400 Stadtentwässerung, ersteres auf ausdrücklichen Wunsch auch im Rahmen des Antrages, die letzten drei, weil sie über Gebühren finanziert werden. Der Teilhaushalt 7000 Abfallwirtschaft, der zu 75 % ebenfalls ein Gebührenhaushalt ist, wurde insofern berücksichtigt, als dann eben lediglich auf die 25 % Sachkostenbudget das einberechnet wurde.

Ich möchte mich an der Stelle schon einmal vorab und abschließend ganz ausdrücklich für die, wie ich fand, hervorragenden und sehr konstruktiven und kompetenten Beratungen bedanken, die wir hier miteinander hatten, auch die sehr stringente Diskussion und die Disziplin, die wir alle während der zwei Tage hier an den Tag gelegt haben und darf mich auch noch einmal bei der Verwaltung ganz herzlich bedanken, hier insbesondere bei der Kämmerei mit Thorsten Dollinger an der Spitze, aber auch allen anderen in der Verwaltung bis hoch zur Dezernentenbank. Ein Haushaltsplan und die Veränderung während der Haushaltsberatung sind immer auch eine Teamarbeit von uns allen. Sowohl die Seite des Gemeinderates als auch die Seite der Verwaltung haben einen sehr guten Job gemacht. Dafür ausdrücklich noch mal mein herzliches Dankeschön.

Jetzt ist es üblich, dass die einzelnen Fraktionen noch einmal zu ihrem Abstimmungsverhalten und zur Würdigung dieses Werkes Stellung beziehen. Gleichzeitig aufrufen darf ich den Änderungsantrag der KULT-Fraktion, eingegangen am 12. März. Als erster bekommt das Wort Herr Stadtrat Pfannkuch.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Die CDU-Fraktion bedauert eine Gewerbesteuererhöhung, die keine Not hatte. Der Griff in die Steuerkiste ohne Aufgabenkritik ist eine verpasste Chance. Die Verwaltung wollte leider nicht umsteuern. Im Gegenteil. Der Steuerschluck beflügelte natürlich weitere Investitionen, Investitionen die bekanntlich auch wieder Personalkosten bedingen, die, wie wir alle wissen, die laufende Unterhaltung erhöhen und die künftigen Haushalte dadurch um ein weiteres Mal belasten. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Haushaltsrede leider nicht die Bremse angezogen, sondern

eher ermuntert, hier weiter in die Investitionen zu denken. Die CDU hat auch bei Erhöhungen dieses Haushaltes mitgewirkt, das darf man nicht übersehen. Wir haben allerdings nur unausweichliche Punkte aus unserer Sicht gefördert. Komplementärförderung beispielsweise bei zwei Projekten, Substage und das Schwimmbad in Wolfartsweier, wo wir einfach von einem herausragenden bürgerschaftlichen Engagement ausgegangen sind. Auch unser Mitwirken bei der Thematik Hebammen war nun ganz gewiss nicht ein Ziel, eine bestimmte Berufsgruppe jetzt herauszunehmen und hier mit kommunalen Mitteln zu fördern. Uns hat allerdings eingeleuchtet, dass mit dieser Maßnahme, die wir über die Hebammen vermitteln, eben draußen an Ort und Stelle, dort wo die sozialen Probleme möglicherweise entstehen können, frühzeitig Informationen angebracht werden.

Insgesamt möchte ich meinen, dass der gesamte Gemeinderat bestimmt nicht maßlos mit dem Beschlussverhalten umgegangen ist. Das muss man einfach objektiv im Vergleich zu früheren Jahren sagen. Die Appelle wurden beachtet, ich meine, auch Dank einer Vorreiterfunktion dieser meiner Fraktion. Allerdings man darf nicht übersehen, dass wir, wenn ich mich recht erinnere, Sachkostenerhöhungen nicht gut befunden haben in einem Umfang von 3,3 Millionen. Wir haben das dann ein wenig aufgefangen mit der Globalen Minderausgabe, die wir dann doch mehrheitlich beschlossen haben. Letztlich sind das wieder rd. 800.000 Euro, mit denen man all die Vorhaben, die wir mitgetragen hätten, ohne weiteres hätte abdecken können.

Dann haben wir natürlich erreicht, dass dieser Investitionspool von 10 Millionen gestrichen wurde. Dafür ist dann in den Verwaltungshaushalt doch ein erheblicher Investitionsaufwand für das Rathaus gekommen. Sicherlich eine sinnvolle Investition, da kann man nicht drüber streiten. Der Haushalt 2015/2016 ist moderat. Es ist ein Ergebnishaushalt, der noch einen Überschuss generiert. Die Verschuldung bleibt indessen. Man muss auch bei dieser Gelegenheit, weil das andernorts immer wieder anders kolportiert wurde, deutlich darauf hinweisen, dass auch frühere Gemeinderäte, frühere OB's, in Schulen investiert haben. Das hat jetzt nicht erst angefangen. Das ist jetzt einfach eine Fortsetzung, nur dass vielleicht jüngere Mitglieder des Hauses da noch eine kleine Nachhilfe erfahren.

Vor diesem Hintergrund ist dieser Doppelhaushalt 15/16 technisch nicht zu beanstanden. Allerdings verlagern wir alles auf das Heil der Strukturkommission. Wir werden uns noch im Sparen üben müssen. Da setze ich auf Teile dieser Bürgermeisterbank, eigentlich auf alle, aber insbesondere und federführend auf Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, aber auch auf Sie, Herr Oberbürgermeister. Sie haben, das haben wir schon vermerkt, mit einem Termindruck zumindest mal deutlich gemacht, dass es Ihnen heute und hier ernst ist, dass wir da richtig mit loslegen. Nur, viele Kollegen haben wir gesagt, mach dir keine Illusionen, wenn das so weiter läuft wie bisher, dann wird das ein Hornberger Schießen. Das ist etwas, was die CDU-Fraktion, da setzen wir uns mit ganzem Herzen jetzt noch einmal voll ein, unter allen Umständen im Verbund mit den hier genannten Personen verhindern will. Es wird uns schwerfallen. Da kommen wir dann irgendwann einmal zu Positionen, die wir hier mit großem Eifer zusätzlich aufgebaut haben. Ich weiß nicht, was die Grünen sagen würden, wenn wir über die Kürzung der aus unserer Sicht völlig unnötigen Mittel für die grüne Stadt diskutieren. Das ist sicherlich nicht einfach. Oder wenn wir, der Gemeinderat, dem Stadtjugendausschuss für eine

sicherlich sehr gute Maßnahme jetzt Zuschüsse gegeben hat - wir haben da jetzt in dem Fall nicht mitgewirkt -, dann wird es schwerfallen dem Stadtjugendausschuss zu sagen, das geht künftig nicht mehr.

In dem Zusammenhang erlaube ich mir kurz auf den KULT-Antrag sprechen zu kommen. Ich erinnere mich jedenfalls sehr gerne in dieser Haushaltsdebatte an die vielen Bekundungen aller Fraktionen, wir werden bei der Strukturkommission toll mitmachen. Da setzen wir alles auf die Zukunft dieser frischen jungen Bank. Ich bin jedenfalls in der Hinsicht nicht vergesslich. Ich werde das wieder bringen. Nur, liebe KULT-Freunde, dieser Ergänzungsantrag spricht eigentlich ein bisschen schon für ein Ausweichverhalten. Wer gemeinsam hier Mehrausgaben beschließt, der muss auch gemeinsam mit der kommunalpolitischen Verantwortung dann auch die Kürzungen durchbringen. Der kann sich nicht auf die Öffentlichkeit berufen, nun macht mal Vorschläge oder so etwas. Das scheint mir zu kurz gegriffen. Ich bin im Übrigen überzeugt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger schon immer Vorschläge gemacht haben, und die werden schon immer in dieser Verwaltung wahr- und ernstgenommen. Da hilft uns Ihre Idee nicht weiter.

Noch etwas am Rande. Den Pakt mit dem Oberbürgermeister, den hätten wir gerne noch etwas konkreter gehört. Die Gewerbesteuer ist ja jetzt erhöht. Es soll ja aus Ihrer Sicht eine Vereinbarung darüber geben, wie man die wieder beseitigt. Dann haben wir noch eine weitere Sparmöglichkeit, außer den Vorschlägen aus den einzelnen Fraktionen, das sind natürlich die sicherlich qualifizierten Vorschläge der Fachämter. Wir werden das erwarten können. Nur wenn ich sehe, dass wir in der mittelfristigen Finanzplanung minus 8,6 im Jahre 2017, 36,9 im Jahre 2018 und minus 80,9 im Jahre 2019 zu verzeichnen haben, dann werden wir uns viel einfallen lassen müssen. Dass das kein Spaß ist, da sind wir uns wohl alle einig. Ich wäre der Letzte, der sich nicht freuen würde darüber, dass wir das Vorurteil, die Strukturkommission wird es doch nicht richten, einfach über Bord werfen und eines Besseren belehrt werden.

Wir begrüßen die Ankündigung der Verwaltung, dass der nächste Doppelhaushalt bereits im Jahr 2016 verabschiedet werden soll. Das ist sicherlich genau die richtige Maßnahme, um damit man das, was man in der Strukturkommission schon anvisiert hat, dann auch gleich und zeitnah mit Gedächtnis in die Realität umsetzen kann. Jetzt komme ich noch zu dem Geschenk des Himmels, immerhin 7,2 Millionen. Darüber müssen wir noch einmal ein Märchen schreiben, denn Kinder werden darüber träumen, wenn man ihnen das erzählt. Immerhin, im Landeshaushalt kann man noch suchen, und wenn man sucht, dann kommt man auch zu Fundergebnissen. Ich bin stolz darüber, dass es ein Mitarbeiter dieser Stadt ist, der diesen Fund getätigt hat. Das muss ich sagen. Wenn ich ihn kenne, werde ich ihn persönlich noch beglückwünschen, natürlich in unser aller Namen. Wie kann es sein, dass in einer Landesverwaltung so etwas auf Nachforschen erst erkannt wird? Da habe ich doch ein gänzlich Misstrauen, ob es mit den Finanzen unseres Landes richtig bestellt ist. Jedenfalls ist dieser Zuschuss, den wir da gefunden haben, ja fast schon mehr wert wie ein außerordentlicher Gewerbesteuerertrag, weil er wohl nachhaltiger ist, wenn ich das richtig beurteile. Von daher stärkt diese Zahlung natürlich unsere Situation, die wir insgesamt, das muss ich schon sagen, mit außerordentlicher Besorgnis empfinden.

Ich fasse zusammen. Der Ergebnishaushalt hat einen Überschuss. Es ist eine nachhaltige zusätzliche nennenswerte Zuweisung erfolgt, über die wir leider in unseren Beratungen noch nicht diskutieren durften. Alle Hoffnungen legen auch wir auf die Strukturkommission. Jetzt könnte man sagen, Friede, Freude, Eierkuchen, alle haben sich lieb, das haben wir ja gelesen. Es bleibt ein fader Beigeschmack. Jetzt geben wir noch einmal eine Runde raus, in 2017 sammeln wir sie wieder ein.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Entscheidend für die Qualität, für die Bewertung dieses Doppelhaushaltes, ist aus Sicht meiner Fraktion einzig und allein die Frage, ob die Grundlinie passt, ob die Richtung stimmt, die vorgegeben wird, ob wir mit diesem Doppelhaushalt auf wichtige Herausforderungen der Stadtpolitik reagieren, ob wir die richtigen Schwerpunkte setzen, ob wir im Sinne einer sozialen und ökologisch verantwortungsvollen Stadtentwicklung handeln. Nach Abschluss der Beratungen zum Doppelhaushalt kommen wir zu einem eindeutigen Ergebnis: Dieser Haushalt ist gut für unsere Stadt. Er trägt eindeutig die Handschrift von mutigen Investitionen, von Aufbruch und Vernunft. Wie immer kommt es bei der Betrachtung der Dinge darauf an, ob das Glas eher halb leer oder eher halb voll ist. Wenn man manche Rede in den vergangenen Wochen im Gemeinderat gehört hat, hätte man auf die Idee kommen können, dass das Glas eher halb leer ist.

**(Stadtrat Pfannkuch/CDU:** Bei euch ist es voll.)

Nicht nur bei uns ist es voll, Herr Pfannkuch. Es ist bei der Stadt Karlsruhe voll. Das ist die Realität. Das Glas ist bei der Stadt Karlsruhe voll an Dynamik, an Wachstum, an Optimismus, an Zukunftsfähigkeit, an Lebensqualität. Das sind die Dinge, die die Menschen nach Karlsruhe bringen, deutschlandweit, europaweit, die viele Fachkräfte, schlaue Köpfe und Unternehmen in unsere Stadt zieht. Wir sind stolz auf die positive Grundstimmung, die es in Karlsruhe gibt, diese Grundstimmung, die Sie auch mit manchen Reden nicht wegreden können, die uns auch helfen wird, die großen Herausforderungen der nächsten Zeit gemeinsam zu meistern.

Ich möchte auf drei Punkte zu sprechen kommen, die aus Sicht meiner Fraktion für den Haushalt noch mal eine ganz wichtige Rolle spielen.

1. Wir investieren zum richtigen Zeitpunkt. Wir haben als SPD-Gemeinderatsfraktion eine Kontinuität, dass wir in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert haben, dass wir die städtische Finanzpolitik nicht einzig und allein an der Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung messen können, dass wir nicht blind sein dürfen für die andere große Thematik, nämlich für die unterlassenen Investitionen in dieser Stadt, die sich besonders bemerkbar gemacht haben an den Karlsruher Schulen, in der Schulinfrastruktur. Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, mit diesem Doppelhaushalt deutlich gegen den Investitionsstau vorzugehen und 60 Millionen Euro an 27 Karlsruher Schulen in den kommenden zwei Jahren zu investieren. Das ist gut für unseren Bildungsstandort.
2. Wir handeln verantwortungsvoll im Sinne des Gemeinwohls. Wir stehen dazu, dass es zu einer Stabilisierung der Einnahmeseite in diesem Haushalt einer maßvollen Gewerbesteuererhöhung bedurft hat. Weder sehen wir eine Abwande-

rungswelle von Unternehmen aus Karlsruhe zukommen, noch können wir in irgendeiner Form einen Aufschrei der Karlsruher Wirtschaft ernsthaft gegen diese Maßnahme erkennen. Mit großem Interesse haben wir, lieber Kollege Pfannkuch, Ihre Kolumne in der StadtZeitung gelesen. Darin werfen Sie uns vor, ein fehlendes Gespür für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung aufzuweisen. Sie tun das, obwohl Sie im Gegensatz zur SPD - wir haben ja unseren Pakt für Wachstum vorgelegt - keinerlei Initiativen und Anregungen in dieser Legislaturperiode haben selbst erkennen lassen für die Stärkung der Wirtschaftsförderung in unserer Stadt. Dafür haben Sie sich aber fleißig mit Vertretern aus der Wirtschaft getroffen. In einer Pressemitteilung am 19. Dezember erklärte Herr Pfannkuch nach einem Besuch bei einem marktführenden Karlsruher Unternehmen, ich zitiere: „Karlsruhe belegt in Deutschland und in ganz Europa Spitzenplätze in Forschung, Technologie und Innovation“. Erstklassige Unternehmen entscheiden sich aber nur dann weiterhin für Karlsruhe, wenn sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen hier vorfinden. Ich weiß nicht, wie es sich bei Ihnen, bei der CDU, verhält mit den Rahmenbedingungen, die Sie für Ihre Arbeit vorfinden. Aber genau dieses renommierte Karlsruher Unternehmen hat just am 6. März, also unmittelbar nach Beendigung unserer Haushaltsberatungen, öffentlich verkündet, dass es sich auch langfristig zum Standort Karlsruhe bekennt und hier hervorragende Rahmenbedingungen für seine Mitarbeiter vorfindet. So sehen es eben auch viele weitere Unternehmen und Existenzgründer, weil sie hier die Dinge finden, die sie brauchen: qualifizierte Fachkräfte, eine herausragende Bildungs- und Forschungslandschaft, eine hervorragende Infrastruktur und eine kluge Stadtpolitik für die Bedürfnisse der Wirtschaft. Nicht 10 oder 20 Punkte mehr oder weniger beim Gewerbesteuerhebesatz entscheiden über den Wettbewerb, Unternehmen und Talente, sondern das Gesamtangebot, das ihnen eine Kommune macht, ob das stimmig ist. Das ist es in Karlsruhe. Ihre Argumente, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU laufen also bei der Gewerbesteuer voll ins Leere.

3. Wir bewahren auch in anspruchsvollen Zeiten einen kühlen Kopf. Zweifelsohne stehen die städtischen Finanzen in den kommenden Monaten und Jahren vor großen Herausforderungen. Wir erkennen als SPD-Fraktion absolut die Notwendigkeit, Synergien zu erschließen, Doppelstrukturen kritisch zu hinterfragen und wo notwendig auch abzubauen und die Qualifizierung und Kompetenzverteilung bei der Belegschaft zu stärken. Wir sind uns sicher, dass Gemeinderat, Oberbürgermeister und Verwaltung diese Aufgabe strukturiert und rational angehen werden. Es muss aus unserer Sicht aber zwingend bessere Ideen und schlauere Ideen geben als unreflektierte globale Minderausgaben, die ja Grüne und CDU in diesen Haushalt eingebracht haben. Damit gefährden wir die Umsetzung von wichtigen Projekten und Planungen und konterkarieren eine zielgerichtete Haushaltspolitik. Im Zusammenhang mit der Haushaltsstabilisierung rät jedenfalls meine Fraktion dringend davor ab, vor Panikmache, Schwarzmalerei und Schnell-schüssen. Dieser Prozess kann aus unserer Sicht in den kommenden Monaten nur Schritt für Schritt entwickelt werden und ist immer im konkreten Bezug zum anstehenden Doppelhaushalt zu sehen. Unser Vertrauen in die Verwaltung und in den Stadtrat ist hoch. Dazu bedarf es keinerlei ironischer Anmerkung zur Arbeit der Strukturkommission.

Ich halte abschließend fest, wir sind mit diesem Doppelhaushalt auf einem sehr guten Weg. Wir haben endlich wieder eine Landesregierung in Baden-Württemberg, die die kommunale Sprache spricht. Sie werden es, Herr Pfannkuch, mit Ihren Äußerungen auch nicht schaffen, den Erfolg dieser Landesregierung, ihren Tatendrang für die Kommunen, für die Finanzkraft unseres Haushalts zu schmälern. Sie werden auch nichts anrichten können gegen den erfolgreichsten Finanzminister in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Es gibt also viele gute Gründe, auch für Sie, diesem Doppelhaushalt und diesem Satzungsbeschluss zuzustimmen. Wir als SPD-Fraktion werden das tun.

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Auch die Grüne-Fraktion zieht insgesamt eine positive Bilanz aus den Haushaltsberatungen. Es ist uns gelungen - ich glaube, das ist historisch -, die Ausgaben gegenüber dem ursprünglichen Entwurf deutlich zu reduzieren, sowohl die Ausgaben als auch einen Teil der Investitionen. Es ist gelungen, auch die Neuverschuldung zu reduzieren, den Finanzhaushalt aufzubessern und damit sichern wir einfach langfristig unsere Investitionsfähigkeit. Auch das ist für uns wichtig, denn nach der mittelfristigen Finanzplanung, wie sie noch vor kurzem aussah, hätten wir ab 2016 einfach keine Kredite mehr aufnehmen können. Wir müssen aber auch weiter investieren, deswegen ist hier ein sorgsames Vorgehen, ein nachhaltiger Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, notwendig. Sparen ist für uns kein Selbstzweck, aber sparen ist notwendig. Wenn wir diese GMA, diese globale Minderausgabe, beschlossen haben, dann war das für uns eine Art Notbremse, kein Allheilmittel, das ist völlig klar, aber wirklich eine Art Notbremse, weil uns die laufenden Kosten einfach davongelaufen sind. Wir meinen, es ist richtig, jetzt hier schon mal einen kleinen ersten Schritt zu machen in diesem Doppelhaushalt, bevor wir dann jetzt an diese wirklich strukturelle Diskussion der Haushaltsdiskutierung gehen müssen. Auch die ist notwendig, und eine globale Minderausgabe kann das nicht ersetzen. Auch wir sind der Meinung, dass man hier eine strukturelle Diskussion über Aufgabenreduzierung, Aufgabenbegrenzung führen muss. Wir werden uns daran mit Sicherheit auch konstruktiv beteiligen. Für uns ist wichtig, dass bei all dem eben immer noch die kommunale Daseinsvorsorge im Vordergrund steht. Das sind die Projekte, die uns nach wie vor am wichtigsten sind.

Erfreulich sind wirklich auch die guten positiven Entwicklungen der letzten Wochen und Monate, was die mittelfristige Finanzplanung angeht, die ja wirklich besorgniserregend war - es eigentlich immer noch ist -, aber es ist jetzt doch eine deutliche Verbesserung abzusehen, u. a. auch, weil wir jetzt die über 7 Millionen jährlich vom Land für die Kinderbetreuung zusätzlich bekommen, aber auch weil der Bund noch einmal nachgelegt hat, was für die Kommunen natürlich erfreuliche Auswirkungen hat.

Zu den Haushaltsberatungen an sich: Wir haben mit einzelnen Anträgen, auch im Bereich Naturschutz und Umwelt, gepunktet. Beim Naturschutz im Wald, für die Waldpädagogik haben wir ein bisschen etwas erreicht. Bei der energetischen Sanierung in verschiedenen Quartieren konnten wir etwas vorankommen. Wir haben etwas mehr Geld fürs Ehrenamt im Tierschutz, im Naturschutz durch Anträge herausholen können. Aber insgesamt müssen wir schon sagen, ist es für uns enttäuschend, wie wenig eigentlich unsere Haushaltsanträge durchgekommen sind und was für eine geringe Priorität der Umweltschutz, der Naturschutz und auch der Klimaschutz hier im Gemeinderat in letzter Zeit hat. Da hätten wir uns doch deutlich mehr gewünscht. Wir bekommen entspre-

chende Rückmeldungen auch von vielen Verbänden aus verschiedenen Bereichen, denen einfach diese Nachhaltigkeitsthemen wirklich noch am Herzen liegen. Da möchte ich an das Haus appellieren, sich da noch einmal Gedanken zu machen. In diesen Bereichen Umwelt und Naturschutz kann man oft mit so wenig Geld so viel erreichen. Dass dann 10.000 Euro für Streuschutz oder so etwas nicht mehr drin sind, fehlt uns einfach das Verständnis.

Erfolgreich waren wir in vielen Bereichen, auch interfraktionell. Auch das möchte ich betonen. Im Bereich Soziales und Kultur ist uns einiges an Nachbesserung auch gemeinsam gelungen. Die Schulsozialarbeit haben wir weiter vorangebracht, die Förderung und Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt, wir haben für die Flüchtlingsunterstützung einiges auf den Weg gebracht, Substage, Marotte und Tempel werden besser gefördert und viele andere Einrichtungen auch. Bei dieser Diskussion über bessere und stärkere Unterstützung des Klinikums durch Defizitübernahme bei der Notaufnahme waren wir zwar mit dem Antrag nicht erfolgreich, aber wir meinen, dass wir hier in eine sinnvolle und auch wichtige Diskussion eingestiegen sind, die aus unserer Sicht recht konstruktiv war und die wir gerne auch fortsetzen wollen.

Vielleicht noch ein paar Anmerkungen zu den Initiativen oder Beiträgen der anderen. Der Antrag von der KULT entspricht auch unseren schon immer wieder eingebrachten Vorschlägen auf mehr Bürgernähe im Haushalt, auf einen Bürgerhaushalt. Das unterstützen wir selbstverständlich. Dem steht die Stadtverwaltung offenbar positiv gegenüber. Das war nicht immer so. Hierfür vielen Dank. Wir freuen uns, dass es hier vorangehen kann. Dann wollte ich noch einmal eingehen auf den aus unserer Sicht wirklich unsäglichen Artikel der CDU-Fraktion in der letzten StadtZeitung. Der war richtiggehend unfair, zumal wir hier auch nicht die Möglichkeit haben, uns so einfach zu wehren. Deswegen muss ich das hier ansprechen. Sie werfen uns hier eine Verdreifachung der Pro-Kopf-Verschuldung vor. Die findet natürlich statt, aber Sie machen doch überhaupt keine Vorschläge, wie man das denn abbauen kann. Der aktuelle Doppelhaushalt, das wissen Sie ganz genau, bietet so gut wie keinen Spielraum bei den Investitionen. Wir investieren im Augenblick in diesem Doppelhaushalt in Schulen, in Kitas, in öffentliche Gebäude. Da möchte ich jetzt wirklich von Ihnen wissen, wenn Sie uns das hier vorwerfen, wo sind denn Ihre Anträge, welche Schulen Sie hier nicht sanieren wollen und welche Einrichtungen, welche Kitas, Sie nicht bauen wollen. Da habe ich von Ihnen in den ganzen Haushaltsberatungen nichts gehört. Insofern ist dieser Vorwurf absolut unfair. Das möchte ich ganz klar betonen. Wir sagen, das tut uns auch manchmal weh, sehr viel deutlicher, wo wir Einsparpotential sehen. Wir haben auch viele Sparanträge hier in diesen Haushaltsberatungen eingebracht. Die meisten davon waren leider nicht von Erfolg gekrönt. Wir sagen aber auch bei diesen großen Prestigeprojekten, die unseren Haushalt wirklich dauerhaft mit zweistelligen Millionenbeträgen belasten, hätte anders gesteuert werden müssen: Kombilösung, Messe ist bekannt, ständige Zuschüsse für den Flughafen. Alles das sind dauerhafte enorme Belastungen. Anstatt dass man daraus dann auch etwas lernt, beschließt man gleich das nächste große Projekt, das auch wieder mit goldenen Zahlen uns hier vorgelegt wird und dann wahrscheinlich eben doch wieder ganz groß zu Lasten der Stadt geht. Die Mehrheit will das so, das müssen wir respektieren, aber, liebe CDU-Fraktion, schieben Sie das bitte nicht uns in die Schuhe. Das möchte ich schon mal ganz klar sagen.

Zusammenfassend: Wir waren mit vielen Anträgen, mit vielen Verbesserungsvorschlägen, die wir eingebracht haben, zwar nicht erfolgreich, aber in einzelnen Bereichen konnten wir aus unserer Sicht punkten. Insgesamt sind schon bei den gesamten Haushaltsberatungen deutliche Verbesserungen am bisherigen Entwurf gelungen. Es ist eine Senkung der Ausgaben eingeleitet. Wir werden jetzt weiter auch diskutieren müssen. Wir werden dem Haushalt heute jetzt zustimmen und bedanken uns auch noch einmal sehr herzlich bei der Stadtverwaltung, auch bei der Kämmerei, für die viele Arbeit, die dahintersteckt.

**Stadtrat Dr. Fischer (KULT):** Ich war heute Morgen beim Richtfest für den Pavillon Karlsruhe 300. Ich kann nur jedem raten, sich das anzuschauen. Es ist ein faszinierendes Bauwerk. Ich muss auch sagen, ich bin stolz auf den Mut der Jury, sich für dieses Werk zu entscheiden. Ich bin begeistert von den Zimmerleuten und Architekten, die dieses temporäre Gebäude hochziehen, bin begeistert von der Baustelle, wo alles exakt geplant und vorgebohrt ist, wie der Polier bei seiner Richtfestrede gesagt hat. Er musste noch kein einziges Loch nachbohren. Ich bin aber auch stolz auf diese Stadt und ihre Bürger. Ich freue mich auf die heiße Debatte, die über diesen Pavillon, ob er da stehen bleiben soll und wie es mit ihm weitergeht, bestimmt folgen wird.

Auf dem Weg zum Rathaus jetzt, fielen mir dann die Baustellen auf oder eine weitere Baustelle, nämlich die große Baustelle dieser Stadt, ein Symbol der Veränderung in diesem Karlsruhe. Auch hier kann ich sagen, ich bin stolz auf die Kraft und den Mut dieser Stadtgesellschaft, die Vision hinter diesen Baustellen zu sehen, eine solche Umgestaltung zu wollen und dann auch in einem Bürgerentscheid zu beschließen, aber auch die Lasten auf dem Weg bis zur Vision zu ertragen. Ich bin aber auch begeistert von den Bauarbeitern und den Ingenieuren dieser Baustelle. Ich bin auch der Meinung, wir sollten einmal ein Fest machen, nur für die, denn die arbeiten nach einem Plan, der für eine Dekade angelegt ist. Sie arbeiten fast rund um die Uhr, oft auch an Wochenenden, stehen mit den Gummistiefeln im Schlamm - heute Morgen gerade wieder gesehen -, und sie arbeiten mit wenigen großen Fehlern, sie arbeiten sehr akkurat, alles ist gut vorgebohrt.

Jetzt kommt die Frage, was hat das mit dem Haushalt zu tun? Dreierlei.

1. Geld für den Pavillon, Herr Cramer, und die Umgestaltung der City, die kommen ja aus diesem Haushalt. Die müssen wir langfristig finanzieren. Das ist der erste Bezug.
2. Der zweite Bezug: Die Planung für mehrere Jahre. Auch wir legen mit der mittelfristigen Finanzplanung einen weitaus ungenaueren Weg, als das bei der Planung für die Kombilösung oder den Pavillon stattfindet, einen schmalen Pfad, wie wir durch die nächsten fünf Jahre durchkommen.
3. Der dritte Bezug ist für mich der Stolz. Die KULT-Fraktion war auf diese Haushaltsberatungen stolz, und zwar stolz auf den gesamten Gemeinderat. Schon der Entwurf, der von der Finanzbürgermeisterin, Frau Luczak-Schwarz, und dem Oberbürgermeister, Frank Mentrup, vorgelegt wurde, war ein Ausfluss der Arbeit, die die Verwaltung und der Gemeinderat in den letzten Jahren geleistet ha-

ben. In den Haushaltsberatungen selbst war ein Ringen zu spüren, um eine akzeptable Lösung zwischen den Polen notwendig, wünschenswert und finanzierbar. Dass da nicht jeder Antrag durchkommt - auch wir von der KULT sind nicht mit allem durchgekommen, eigentlich mit wenig - ist normal. Ich nehme die Ernsthaftigkeit der Debatte darum absolut zur Kenntnis. Es war auch die breite Erkenntnis zu hören, dass ein strukturelles Defizit existiert. Ich muss auch sagen, es gab kaum einen Haushaltsantrag, der zu viel wollte. Es war sehr bescheiden, sehr an den Gegebenheiten orientiert.

Fazit heute aus unserer Sicht, der KULT-Fraktion, und wir haben es schriftlich niedergelegt jetzt in der 2. Veränderungsliste bekommen, es gibt ein positives Jahresergebnis für 2015 und 2016. Auch Dank der Haushaltsberatungen, auch Dank dem Land Baden-Württemberg, die uns bei der Kinderversorgung unterstützen. Positives Ergebnis, dieses Wort kann man gar nicht genug herausstreichen. Wir erreichen einen Zustand, seit Jahren, da würden uns 99 % der bundesdeutschen Städte beneiden, wenn sie das schaffen würden, da würden uns die Bundesländer beneiden, wenn sie das schaffen würden und da würde uns der Bund beneiden, der jetzt die letzten zwei Jahre das erste Mal ein positives Ergebnis erzielt nach Jahrzehnten. Die ganze Stadt kann stolz sein auf ihre Kraft, so etwas zu erreichen.

Wenn ich sage, die KULT-Fraktion ist stolz auf den Gemeinderat, dann muss ich „ist“ durch „war“ ersetzen. Die KULT-Fraktion war stolz auf den Gemeinderat bis zum Freitag, 20. März, bis zum CDU-Beitrag auf der Fraktionsseite. Ich muss daraus einfach zitieren: Verdreifachung der Schulden, Steuererhöhungen von fast 5 % für Karlsruher Unternehmen. SPD, GRÜNE und KULT sind schuld. Schuld an Verdreifachung, im Beitrag mit Ausrufezeichen markiert, der Pro-Kopf-Verschuldung. Dazu kämen die Schulden der Beteiligungsgesellschaften. Nächster Punkt, anstatt Ausgaben zu senken, Gewerbesteuer erhöht. Der Höhepunkt in fetter Schrift in diesem Beitrag, CDU startet Haushaltskonsolidierung. Meine Damen und Herren, dieser Beitrag ist ein starkes Stück. So viel falsche Aussagen in so wenigen Zeilen, so viel Unsinn, dieses Wort nehme ich den Mund, das werde ich auch begründen, mussten wir, mussten die Karlsruherinnen und Karlsruher schon lange nicht mehr lesen.

Punkt 1: Verdreifachung der Schulden. Da wird noch nicht einmal genannt, in welchem Zeitraum. Man muss es sagen, das wäre erst nach 2016, wenn es so käme, wie im aktuellen Plan so fixiert.

Punkt 2: Schulden entstehen bekanntlich aus Investitionen. Den laufenden Haushalt haben wir ja gedeckt Dank positivem Ergebnis. Da wissen wir aus Erfahrung, es wird ohnehin nicht alles gebaut werden, was in diesem Haushalt drinsteht. Wir werden nachher bei 40 - 50 % Haushaltsresten liegen, d. h. die Verschuldung wird sich in diesem Maß, jedenfalls nicht im Jahr 2016, 2017 und 2018 einstellen.

Dann der Punkt 3: Das zergeht mir auf der Zunge. SPD, GRÜNE und KULT sind schuld. Erstens reimt es sich wunderbar, ich nehme das deswegen auch gerne hin, aber ich muss auch sagen, war das etwa so, SPD, GRÜNE und KULT haben also gegen die Stimmen der Union den mageren Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters und der CDU-Finanzbürgermeisterin aufgebläht? War das so? Die Antwort muss mir jetzt entgegen-

schallen, an keiner einzigen Stelle wurde der aufgebläht, sondern wir haben uns alle sehr beherrscht verhalten. Der höchste Antrag zur Erhöhung der Investitionsausgaben übrigens kam, Sie werden es mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, von der CDU. Das war ein Antrag über 3 Millionen. Niemand sonst hat es gewagt, so einen Antrag zu stellen. Dieser Antrag fand keine Mehrheit, berechtigterweise, nicht wegen dem Projekt um das es ging, sondern einfach weil wir in diesem Haushalt Zurückhaltung üben mussten. Wir haben verantwortungsvoll gehandelt.

Punkt 4: Schulden der Beteiligungsgesellschaften. Da muss ich jetzt die CDU fragen, wann und wo hat die CDU strukturell an den Ausgaben der städtischen Unternehmen etwas gedreht oder zu drehen versucht gegen die Stimmen der anderen Fraktionen. Bitte schicken Sie die leere Liste an das Haus der Fraktionen.

Punkt 5: Gewerbesteuer erhöht. Man kann über die Gewerbesteuer absolut unterschiedliche Ansichten haben, ob das notwendig, sinnvoll etc. ist. Wenn der Haushalt nach Aussage der CDU in Gefahr ist, sie sieht ihn zwar in viel größerer Gefahr als wir, dann müsste ja die CDU die Speerspitze der Bewegung sein für eine Steuererhöhung, denn wie sollten wir es denn sonst auffangen. Übrigens, das positive Jahresergebnis, das wir heute schriftlich fixiert vor uns liegen haben, erreichen wir nur Dank der 10 Millionen Euro mehr an Gewerbesteuer.

Der letzte Punkt ist für mich fast eine Verpflichtung. Die CDU startet Haushaltskonsolidierung - fette Schrift. Mit Blick auf die Vergangenheit sage ich dazu, nein, aber mit Blick auf die Zukunft, wir von KULT freuen uns, wenn Sie uns unterstützen bei den Maßnahmen, um das strukturelle Defizit zu mindern. Die Ausgaben zu mindern, ohne Karlsruhe kaputt zu sparen, wird die Aufgabe der Strukturkommission sein, wie von unserem Haushaltsredner, Erik Wohlfeil, und anderen Haushaltsrednern und auch heute wieder mehrfach beschworen. In unserem heutigen Zusatzantrag haben wir von der KULT-Fraktion einen ersten Schritt eingeleitet, um die Senkung von Leistungen und Ausgaben zusammen mit den Bürgern zu entscheiden. Nicht nur die CDU ist aufgefordert, diesen steinigen Weg mitzugehen, aber vor allem die CDU nach diesem Artikel. Jetzt steht sie im Rampenlicht. Sagt, wie haltet ihr es wirklich mit der Kostensenkung. Die KULT jedenfalls stimmt dem Haushalt zu, übernimmt Verantwortung und ihren Teil der Schuld.

**Stadtrat Höyem (FDP):** Wer hält diese Stadt am Laufen? Nicht wir. Es sind die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer täglichen Arbeit, ob bezahlt oder ehrenamtlich, und es sind die Unternehmen, in denen die Menschen tätig sind. Sie geben Arbeit, sie zahlen die Steuern, von denen unser Haushalt lebt. Gerade diese Unternehmen aber haben wir mit diesem Haushalt zusätzlich belastet. Das halten wir für falsch. Wir haben es vorher gesagt, und wir sagen es jetzt, nachdem der Beschluss der Mehrheit gefallen ist. Deshalb, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Kollegen, werden wir als FDP-Fraktion diesen Haushalt ablehnen. Es war und ist falsch, wegen eines vergleichsweise niedrigen Betrages, den uns die Erhöhung der Gewerbesteuer bringt, ein Signal auszusenden, das Schaden für unsere Stadt bringt.

Es geht dabei gar nicht zuerst darum, ob wir nun für den einen oder anderen Betrieb eine zusätzliche Hürde aufbauen, sich in Karlsruhe anzusiedeln. Darum geht es nicht.

Wer neu nach Karlsruhe kommen will, der richtet seine Entscheidung an einer Vielzahl von Gründen aus, von denen die Höhe der Gewerbesteuer nur einer ist. Wen Sie aber wirklich mit dieser Entscheidung bestraft haben, das sind die vielen hunderte kleiner und mittlere Unternehmen, die in Karlsruhe ausharren, weil sie hier ihren Standort, ihre Heimat haben, weil sie hier in unserer Stadt ihre Geschäftsideen umsetzen, ihre Mitarbeiter beschäftigen, ihre Umsätze machen und ihre Steuern zahlen. Sie alle trifft die Erhöhung der Gewerbesteuer. Ihnen sagt dieser Gemeinderat, dass wir in diesen schwierigen Zeiten der vielen Baustellen nicht zu ihnen halten, ihnen kein positives Signal aussenden, sondern sie weiter belasten. Das, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ist uns wichtig, sehr wichtig. Deshalb kann eine liberale Partei, die weiß, dass das Geld erst verdient werden muss, bevor wir es ausgeben können, diesem Haushalt nicht zustimmen.

Es bleiben noch andere Gründe, die uns nachdenklich stimmen. Wir haben sie bereits in der Haushaltsberatung aufgeführt. Weshalb beschließt diese Mehrheit des Gemeinderates Einnahmenerhöhungen, bevor sie sich der Ausgabenseite zugewandt hat. Jeder Mensch wird doch in seinem privaten Umfeld immer zunächst darauf achten, ob er sein Geld sinnvoll ausgibt, bevor er daran denkt, wo er neues Geld herholt. Der Gemeinderat macht es umgekehrt. Karlsruhe hat kein Einnahmeproblem, und das muss wiederholt werden, Karlsruhe hat kein Einnahmeproblem, Karlsruhe hat ein Ausgabenproblem. Es ist überfällig, daran zu arbeiten. Dabei werden Sie uns wieder als engagierten Partner haben, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, und liebe Kolleginnen und Kollegen, aber diesem Haushalt können wir Liberalen nicht zustimmen.

**Stadtrat Bernhard (AfD):** Die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie in die Stadtkasse. Trotzdem plant dieser Haushalt, auch wenn das sicher jetzt versucht wurde zu beschönigen, eine Verdreifachung der Schulden und eine Steuererhöhung für die Gewerbetreibenden in unserer Stadt. Die Stadtverwaltung sagt uns zudem, dass wir trotz dieser Rekordeinnahmen ein strukturelles Haushaltsdefizit von rd. 50 Millionen haben, also schon um unsere laufenden Kosten zu decken. Wir haben ein strukturelles Haushaltsdefizit was bedeutet, dass wir nicht mal mit den Einnahmen, die wir generieren, zukünftig unsere laufenden Kosten werden decken können. Es ist so. Ich rede ja von der Zukunft. Diese lächerlichen 6 Millionen Überschuss im Ergebnishaushalt, die Sie da vorhin referiert haben, da muss man sich natürlich den Gesamthaushalt angucken, und dann kommt es eben zu dieser Verdreifachung der Schulden. Dann reden wir von ganz anderen Summen. Sie können ja nicht den Finanzhaushalt außer Acht lassen und nur über den kleinen Ergebnishaushalt reden. Sie müssen über den Gesamthaushalt reden. Da ist es natürlich so, dass ist an der aktuellen Situation das Erschreckende, dass diese Verdreifachung der Schulden und diese Steuererhöhung beschlossen werden, obwohl in den nächsten zwei Jahren gar keine außergewöhnlichen Investitionen anstehen. Die kommen erst noch, und zwar in den Haushalten ab 2017. Da sprechen wir ja von vielen hundert Millionen Euro, die wir investieren wollen. Ich will hier nur beispielweise das KSC-Stadion nennen, Staatstheater, Klinikum, Mehrkosten für die Kombilösung usw. Das wissen Sie alles selber. Uns ist völlig unklar, wie eigentlich die Gemeinderatsmehrheit glaubt, dass das dann alles noch bezahlt werden soll. Uns ist das völlig schleierhaft. Aus unserer Sicht ist klar, wir leben heute völlig ungebremst über unsere Verhältnisse und vervespern heute in dieser Haushaltsberatung den Gestaltungsspielraum für die nächsten Jahre.

Jede Familie, jedes Unternehmen, jeder normale Mensch, würde in so einer Situation nicht mehr Geld ausgeben, sondern würde schauen, wo man eigentlich mal sparen kann, rechtzeitig anfangen mit dem Sparen, nicht wenn die Not zu groß ist, dass man gar nicht weiß, wo man sparen soll. Nicht aber so die Stadt Karlsruhe und auch nicht die Gemeinderatsmehrheit, wie man in den Beratungen gesehen hat. Von Sparen kann man in diesem Haushalt nur sehr wenige Ansätze sehen, um es ganz genau zu sagen, nicht einmal Ansätze des Sparens. Hier wird nach dem Motto verfahren, Augen zu und weiter so. Es wird schon jemand geben, der die Zeche bezahlt. Ja, es ist richtig. Es gibt jemand, der die Zeche bezahlen wird, nämlich die Bürger von Karlsruhe. Mit uns von der AfD ist eine Verdreifachung der Schulden von 400 auf 1.200 Euro pro Kopf der Bevölkerung, und das auch noch bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewerbesteuer und damit einer nicht hinnehmbaren Gefährdung von Arbeitsplätzen, nicht zu machen und wir werden diesen Haushalt deshalb ablehnen.

Ich will auch noch etwas an den Kollegen Marvi sagen. Es ist schon richtig, dass natürlich die Gewerbesteuer nicht das einzige Kriterium ist, was eine Gewerbeansiedlung betrifft. Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen sehen, die wir hier haben. Da ist eben Karlsruhe mit dieser Erhöhung jetzt am oberen Ende der Gewerbesteuer in Baden-Württemberg. Wir sind Spitze, was die Höhe der Gewerbesteuer angeht. Zukünftig werden halt unsere Umlandgemeinden, wie ich das auch schon in der Beratung gesagt habe, damit werben können: Wollen Sie in Karlsruhe investieren, aber nicht in Karlsruher Steuern zahlen, dann kommen Sie zu uns, denn die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen Karlsruhes kann ich als Unternehmen in Stutensee und Ettlingen genauso wahrnehmen wie wenn ich in Karlsruhe investiere. Deswegen ist diese Gewerbesteuererhöhung falsch und ein weiterer Grund für uns, den Haushalt abzulehnen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Die Gewerbesteuer auf Mannheimer Niveau anzuheben ist richtig. Ich prophezeie, kein Karlsruher Unternehmen wird deshalb pleite gehen. Das ist in Mannheim auch nicht passiert. Der Gemeinderat hat den Vorschlag der Verwaltung zum Doppelhaushalt 2015/2016 gerade mal um ein Promille verändert, also eine kleine Summe. Ich frage mich eigentlich, warum haben wir dann da zwei Tage lang gesessen. Wir hätten doch ein paar Anträge an den Herrn Oberbürgermeister senden können. Der hätte vielleicht den einen oder anderen mit eingebaut, und wir hätten uns die zwei Tage gespart. Beim Nachbarschaftsverband machen wir es ja nicht anders. Er hebt ja die Hand für uns alle. Eigentlich ist es ein Jammer, wir diskutieren zwei Tage, tun so, als ob wir hier relevante Entscheidungen treffen, aber die Entscheidungen sind schon vorher gefallen. Die Stadt legt uns einen entsprechenden Antrag vor und in vorseilendem Gehorsam hält sich auch der Gemeinderat an das Sparen. Im Übrigen möchte ich zu diesem Wort etwas aufklären. Wir reden hier immer von sparen. Ich habe das als Kind gelernt: Gehe zum Weltspartag, knacke dein Schweinchen und bringe dann dein Erspartes dahin. Dann sparst du. Wir reden hier aber nicht von sparen, sondern von kürzen, einsparen. Also bitte die Begriffe richtig benutzen, denn alle Bürgerinnen und Bürger sagen, sparen ist gut, damit ich später was habe. Außer die SPD kommt und macht Hartz IV. Dann ist es weg. Das ist aber eine andere Geschichte. Es geht um kürzen, kürzen, kürzen. Die KULT setzt noch eins drauf und alle sind irgendwie begeistert. Sie sagt jetzt, wir binden in einer Bürgerbefragung die Menschen auch noch ein. Ein Wettbewerb, wo können wir denn einsparen. Die einen sagen, ach da ist ein Baum zu viel, da ist ein Radweg zu viel oder dort kriegt jemand zu viel Hartz IV. Was ist das

für eine Politik? Ich will die Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung der Stadt mit einbeziehen, mitentscheiden lassen, aber nicht um jetzt in diesem Einsparwahn und Kürzungswahn auch noch eine Kampagne aufzuziehen, es der Stadtverwaltung dann noch leichter zu machen zu sagen, liebe Bürger, guckt mal, wir wollen hier alles kürzen. Sagt uns, wo wir noch mal kürzen können. Was ist das für eine Politik. Ich dachte eigentlich, wir sind dazu da um zu gucken, dass hier nicht nur Leuchtturmprojekte gemacht werden, sondern dass vernünftige Projekte für die Bürgerschaft gemacht werden. Aber irgendwie merke ich hier so einen zahmen Tiger im Gemeinderat. Ich hatte mir eigentlich mit dem neuen Gemeinderat ein bisschen mehr Biss erhofft.

Im Wohnungsbau setzt die Stadt auf den privaten Sektor. Alle Angebote funktionieren noch nicht, die kommen einfach nicht, denn der private Sektor hat viel lukrativere Angebote, null Zinsen. Die können also eher teure Mietwohnungen bauen, die bringen doch viel mehr Profit. Warum sollen die jetzt hier auf diese kleinen Brösel, die dann die Stadt gewährt, reinfallen, dazukommen, sich zehn Jahre binden. Das macht sie nicht. Wir erwarten und haben eigentlich mit dem Haushalt mit unseren Anträgen erwartet, dass die Stadt hier stärker aktiv wird mit einem kommunalen Wohnbauprogramm, und zwar die Wohnungsnot jetzt lindern, nicht warten, bis irgendwelche Privaten, die sich dann doch eine kleine Rendite versprechen, vielleicht kommen. Das dauert aber doch eine Weile. Der Draghi wird noch mehr Geld in den Markt spülen. Wir können also noch zehn Jahre warten. Diese privaten Investoren werden so nicht kommen, Herr Oberbürgermeister.

Wir haben nicht einmal das Geld zur Verfügung gestellt für ein kostenloses Mittagessen für unsere Kitas und für unsere Schulen. Nicht mal dafür haben wir Geld investiert. Das läuft alles unter dem Stichwort sparen, einsparen, kürzen, aber nicht erst seit heute, seitdem ich im Gemeinderat bin, geschweige denn ein beitragsfreies Kita-Jahr. Heilbronn macht uns das vor seit einigen Jahren. Wir kriegen das nicht auf die Reihe. Man muss hier auch einmal die Landespolitik kritisieren, die von manchen immer gelobt wird. Wir haben einen grünen Minister. Warum können wir das nicht landesweit organisieren? Wahrscheinlich positioniert er sich irgendwie, der erste Stellvertreter bei Merkel zu werden in einer schwarz-grünen Regierung. Kann ja sein. Ich erwarte, dass wir von hier aus, vom Gemeinderat, sagen, wir haben doch jetzt eine andere Regierung. Warum bringen wir so etwas nicht auf den Weg?

Eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gestern konnten wir in allen Medien hören, und damit meine ich nicht Angela und Alexis, sondern in allen Medien, dass in Deutschland jährlich 600.000 Menschen sich in Krankenhäusern an Keimen anstecken, dass bis zu 15.000 Menschen im Jahr in Deutschland sterben, und das sind nicht mal die anderen Zahlen, die ich auch noch kenne durch Analysen. Das sind eher die runtergerechneten. Wie oft haben wir das hier diskutiert, wie oft wurde das Thema einfach niedergebügelt. Ich muss es so sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Schande, so sehe ich das, für diesen Gemeinderat, dass er Millionen für den Bau eines Fußballstadions zur Verfügung stellt, aber null Euro dafür, und das ist überhaupt nicht witzig bei den vielen Toten und Angesteckten. Die Niederlande, Dänemark, die skandinavischen Länder machen uns vor, dass es auch ohne Keime geht, dass keine Menschen bei Operationen sterben. Es geht anders, aber wir sind nicht bereit. Null Euro werden zur Verfügung gestellt, um eine Ambulanz für Massen-

screenings zur Verfügung zu stellen für Risikopatienten. Die anderen machen es doch vor. Es gibt doch Erfahrungen, wie das geht. Natürlich ist es so, dass es bundesweit Milliarden kosten wird, das Problem zu lösen. Sind es uns die Menschen nicht wert? 15.000 sterben, nicht weil sie krank im Krankenhaus sind, sondern weil sie sich dort angesteckt haben durch die Operation. Herr Oberbürgermeister, das ärgert mich am meisten. Ich verstehe alles, auch die Zwänge, dass man was tut. Wenn ich aber dann frage, können wir als Stadträtinnen und Stadträte mitmachen, was passiert denn dann? Wird es in der Stadt diskutiert. Sie sagen, ja da gibt es Netzwerke. Aber die sind nicht offen, wir können nicht mit diskutieren. Dann muss ich sagen, ich glaube nicht, dass da relevant etwas passiert. Wir wollten Transparenz, ich möchte gerne da mitarbeiten, ich möchte wissen, was da ist. Ich möchte, dass wir die Bürgerschaft informieren und dann sagen, wir tun jetzt alles, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Ich möchte Transparenz, und ich möchte, dass wir mitmachen dürfen. All diese Fragen werden einfach negiert und weggewischt. Wir können dem Doppelhaushalt nicht zustimmen.

**Stadtrat Kalmbach (GfK):** In meiner Haushaltsrede habe ich gesagt, dieser Haushalt ist so nicht zustimmungsfähig. Das ist für uns eine schwierige Situation, wie gehen wir jetzt mit dem um. Wir haben Argumente hier und Argumente dort, um das dann einer Entscheidung zuzuführen. Auf der einen Seite sagen wir, diese Gewerbesteuererhöhung passt uns ganz und gar nicht. Die ist einfach negativ. Deswegen wird die negativ verbucht. Genauso hat uns sehr gestört, wie mit diesem Antrag beim Theater umgegangen wurde. Nicht dass wir 1 Million Kürzung wirklich erwartet haben. Wie das aber durchgewunken wurde, dass da überhaupt nichts geschieht, das hat mich schon etwas erschüttert. Jetzt komme ich zur Selbstkritik. Diese Streichanträge, die wir beim Theater und anderen gemacht haben, hätten den Haushalt in dieser Weise nicht so ausgeglichen, dass man sagen kann, diese Verdreifachung wird nicht geschehen. Deswegen meine Selbstkritik lautet an GfK direkt, wir haben nicht die entsprechenden Anträge eingereicht. Wir haben auch niemals gewollt, dass bei den Schulen gespart wird. Wir hätten auch niemals gewollt, dass bei öffentlichen Gebäuden gespart wird an der Stelle, weil in der Tat ein Investitionsstau vorhanden ist. Deswegen kann ich auch nicht einfach so sagen, wenn man es so macht wie wir, dann wäre es okay. Das stimmt einfach nicht. Von der Seite Selbstkritik an der Stelle. Wir hätten den Haushalt nicht gerettet.

Was machen wir jetzt für uns. Die Waage ist nicht sehr ausgeglichen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Ich entscheide mich, nein zu sagen, ich sage, die sollen es jetzt richten. Dann übernehme ich keine persönliche Verantwortung. Ich bin der Meinung, an dieser Stelle, wo die Waage ausgeglichen war, wir wollen als GfK wirklich Verantwortung übernehmen. Wir setzen uns mit ins Boot hinein und wollen konstruktiv und wirklich hart daran arbeiten, mit der KULT, mit anderen, damit dieser Haushalt in zwei Jahren wirklich zu verantworten ist. Insofern sagen wir jetzt ja mit viel Bauchweh und viel Abwägung. Es ist aber die bessere Lösung als nein zu sagen und sich beleidigt zurückzulehnen.

An der Stelle noch ein Wort an die FDP. Ihr habt den Antrag für ein kostenloses Mittagessen gestellt. Das kostet über 12 Millionen.

(Zurufe)

- Linke und FDP! Haushaltsberatungen bringen interessante Konstellationen zutage. Deswegen lieber Verantwortung übernehmen. Wir wollen positiv mitgestalten.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Wir Freien Wähler konnten uns mit dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf in keiner Weise anfreunden. Er enthält nicht die Impulse, die wir uns gewünscht haben. Was uns bei diesem Haushaltsentwurf aber ganz besonders erstaunt, ist die Gleichgültigkeit gegenüber dem verantwortlichen Umgang mit volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Wenn die Privatwirtschaft blüht, das Handwerk und die Industrie fast Vollbeschäftigung aufweisen, die Preisaufschläge wahrnehmbar und die Bürger investitionswillig sind, hat die öffentliche Hand die Pflicht, diesen Zustand nicht noch mit eigenen Investitionen aufzuheizen. Das nennt sich das antizyklische Handeln zugunsten zu erwartender Konjunkturerinbrüche. Schlimmer noch, statt die Möglichkeiten der Einsparung bei bestehender Doppelstrukturen oder der Konzepteflut zu prüfen, will die Mehrheit dieses Gemeinderates den Karlsruher Unternehmen weitere Bürden auferlegen und fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Was uns bei diesem Entwurf besonders enttäuscht, ist die Zurückweisung unserer sozial- und sicherheitspolitisch motivierten Haushaltsanträge. Es wird dadurch der falsche Eindruck verstärkt, als ob genug für die Betreuung von Migranten und deren Kinder gemacht sei, obwohl wir täglich das Gegenteil aus den Karlsruher Medien erfahren. Außerdem sei unsere Stadt vermeintlich sicher genug, um nicht für weitere Sicherheit durch kommunale Mittel zu sorgen. An diesen zurückgewiesenen Anträgen erkennen wir deutlich, dass die Solidarität mit hilfesuchenden Menschen in unserer Stadt oft ein Lippenbekenntnis darstellt. Der vorliegende Haushaltsentwurf enthält nicht unsere Handschrift. Daher werden wir, wie vor zwei Jahren, als wir Freien Wähler einen gerechten, bürgernahen und vorausschauenden Umgang mit Ressourcen und eine Konsolidierung der Finanzen anmahnten, der sich gegen weitere Schulden und ein weiteres Aufblähen der Bankverbindlichkeiten der städtischen Gesellschaften richtet, diesen Haushaltsentwurf nicht mittragen. Wir sehen, dass noch viel zu tun ist. Wir haben gesagt, dass dieser Haushalt schwierig wird, aber anders als mein Kollege Kalmbach müssen wir erkennen, dass dieser Haushalt, wenn er nicht unsere Handschrift trägt und wenn er nicht das ist, was wir uns wünschen, von uns auch nicht so mitgetragen werden kann. Ich werde diesen Haushaltsentwurf heute ablehnen, aber bedanke mich für die Vorlagen. Sie haben auf einen guten Weg geführt, aber es war nicht mein Weg.

Zum Ergänzungsantrag der KULT. Bei uns Freien Wählern ist es so, dass jeder Antrag aus der Mitte der Bürgerschaft kommt. Deshalb sehe ich die Empfehlung der Verwaltung in diesem Antrag als den richtigen an.

**Stadtrat Schmitt (pl):** Dass dieser Doppelhaushalt die Schuldenlast der Stadt verdreifacht, hat sich ja nun zur Genüge herumgesprochen. Umso erstaunlicher ist für mich, dass die größte Fraktion in diesem Haus, die dieses Thema vehement in den Haushaltsberatungen angeprangert hat und nun auch deutlich in der Presse ihre Meinung zum besten gegeben hat, nun eine Kehrtwendung um 180 Grad macht. Herr Pfannkuch, mir hat es wirklich die Sprache verschlagen, als ich Ihre Rede gehört habe. Ich muss zugeben, es war nicht nur interessant, sondern auch amüsant, mit welchem filigranen seiltänzerischem Akt Sie versucht haben, das zu relativieren, was Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen bei den Haushaltsberatungen hier gesagt haben. Trotz dieser artistischen

Meisterleistung, ich denke, das ist Ihnen auch aufgefallen, haben Sie von den Kollegen und Kolleginnen, die diesen Haushalt befürworten, kein Lob bekommen, sondern im Gegenteil. Das sollte Ihnen zu denken geben. Die Abstimmung hat ja noch nicht stattgefunden. Insofern appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU, sich das noch mal genau zu überlegen, denn wenn Sie glaubwürdig bleiben wollten, dann müssten Sie dagegen stimmen.

Nicht nur die Höhe der Verschuldung ist zu kritisieren in diesem Haushalt. Auch die Prioritäten sind falsch gesetzt. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass sich das auch in Zukunft nicht ändern wird. Der Wille zum Sparen ist nicht zu sehen. Beispiel die geplante Vollfinanzierung des KSC-Stadions, obwohl das Geld hierfür fehlt. Unser Problem ist auch nicht, dass diese Stadt nicht grün genug ist. Unser Problem ist, dass sie nicht sicher genug ist. Diesem Problem wird in diesem Haushalt in keinster Weise Rechnung getragen. Für Klimaschutz, für Lärmschutz, für Umweltschutz, für Naturschutz, auch für Tierschutz fühlt sich die Mehrheit in diesem Gemeinderat verantwortlich, und dafür ist auch Geld da, aber nicht für den Schutz der Bürger vor der weiter zunehmenden Kriminalität. Aus diesen Gründen kann ich diesem Haushalt nicht zustimmen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Also Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Kollege Schmitt, wenn ich von meinen Gegnern nicht gelobt werde, ist das für mich die beste Bestätigung, dass wir ganz richtig liegen. Wenn ich von meinen politischen Mitbewerbern derart angegriffen werde, dann mache ich mir natürlich Gedanken. Im ersten Moment muss ich schon sagen, das hat schon ein bisschen nach „getroffener Hund“ geklungen. Es ist einfach so. Wir haben auf einen Punkt gebracht, was Fakt ist. Das passt Ihnen nicht. Jetzt natürlich wird es manchem hier im Hause nicht einleuchten, weil wir ganz dezidiert, das ist wohl richtig, gegen die Gewerbesteuererhöhung plädiert haben. Das war auch eine faire und anspruchsvolle Diskussion. Wir haben sie nicht gewonnen. Das muss man so sehen. Trotzdem haben wir es als Sündenfall empfunden, dass man in diesem Moment, darum geht es mir, dass es eine Steuererhöhung aus unserer Sicht zur Unzeit ist. Wenn man die Entwicklung dieses Haushaltes jetzt im Nachhinein betrachtet, hätte man sie wirklich vermeiden können.

Lieber Herr Kollege Schmitt, diese CDU-Fraktion ist nicht erst seit dieser Legislaturperiode in diesem Hause. Wir haben auch eine gewisse Verantwortung für eine Solidität in der Haushaltspolitik. Dieser Doppelhaushalt hat, davon sind wir mittlerweile überzeugt, eben durch eine glückliche Wendung, die in der Zielgeraden erreicht wurde nach unseren Beratungen, eine Solidität erreicht, die es uns ermöglicht, diesem Haushalt zuzustimmen. Nicht mehr und nichts weniger.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank für die Statements. Ich würde gerne zu zwei, drei Punkten doch noch was klarstellen. Ich möchte mich doch dagegen verwahren, Herr Fostirooulos, ich denke auch in Namen des ganzen Hauses, dass wir hier irgendwie nachlässig mit Hygienefragen am Klinikum umgehen. Ihr Begehrt war einerseits, hier andere Standards einzuführen. Sie haben die Standards in den Niederlanden zum Vorbild gemacht. Das ist fachlich völlig in Ordnung, aber das sind dann Standards, die eben im deutschen Gesundheitswesen noch keine Standards sind und von denen Sie erwarten, dass es hier über die öffentliche Hand als Kommune finanziert wird. Da hat sich der Gemeinderat, so habe ich das wahrgenommen, für die schon guten Standards hier bei

uns im Klinikum ausgesprochen und diese Zusatzausgabe hier nicht getätigt. Das ist aber nicht ein Anlass, um im Grunde so zu tun, als würden hier leichtfertig Menschenleben geopfert. Mit ist auch noch mal ganz wichtig, dass diese 15.000 Personen, von denen Sie sprachen, sich auf das Bundesgebiet beziehen, und es auch völlig klar ist, dass man auch einen gewissen Teil dieser Personen trotz aller Bemühungen dann auch mit diesen Standards alleine nicht vermutlich retten kann. Auch in den Niederlanden werde es, wie Sie gesagt haben, überhaupt keine Hygieneprobleme geben. Das kann ich mir aber so auch nicht vorstellen. Wir wollen aber jetzt keine fachliche Debatte führen.

Der zweite Punkt ist, Sie haben gesagt, wir würden hier Intransparenz walten lassen, weil wir nicht den Gemeinderat an internen Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Hygiene beteiligen. Auch das möchte ich zurückweisen. Es ist richtig, dass es solche Arbeitsgruppen gibt. Wenn Sie Transparenz erwarten, dass wir über den Gemeinderat - es ist ja ein städtisches Klinikum - darüber informiert werden, wie denn dann dort die Hygienemaßstäbe aussehen, dann haben Sie selbstverständlich das Recht, hier jederzeit diese Information zu bekommen. Es ist aber nachvollziehbar, dass in diesen internen Arbeitsgruppen jetzt im Moment der Gemeinderat nicht beteiligt wird. Der Aufsichtsrat kann sich an der Stelle noch einmal anderweitige Lösungen überlegen. Das ist mir ganz wichtig.

Korrigieren möchte ich auch, dass wir hier, so war Ihre weitere Behauptung, im Wohnungsbau nur auf die Privaten setzen. Wenn ich sehe, was die Volkswohnung alles demnächst vor hat, dann stimmt das einfach nachweislich nicht. Es ist auch nicht so, dass die Privaten nicht bereit wären, hier unsere Förderungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Wir haben im Moment wirklich, es klingt so banal wie dramatisch, ein Problem der Flächen. Wir müssen hier gucken, dass wir neue Flächen mobilisieren, und dann wird sich das auch wenden.

In einem möchte ich auch widersprechen. Wir haben ein Einnahmeproblem. Das lässt sich nicht leugnen. Wenn die Einnahmeseite sich so in einer Horizontalen verstetigt, wie es ohne Sondereinflüsse schon seit Jahren so war und in den nächsten Jahren noch mal deutlicher wird und gleichzeitig die Ausgaben jedes Jahr steigen, und zwar vor allem auch durch die Lohnsteigerungen, die ja grundsätzlich von keinem hier im Haus angezweifelt werden in ihrer Sinnhaftigkeit, dann haben wir an der Stelle eben auch ein Einnahmeproblem. Da unterscheidet sich unsere Situation im Moment schon vom Landes- und vom Bundeshaushalt. Ich hätte gerne, was ich in der Zeitung immer lese über die sprudelnden Steuereinnahmen auf Landes- und Bundesebene, das im Kommunalen, aber wir haben es nicht. Auch das muss an der Stelle deutlich gemacht werden. Ich bin im Moment viel im Land unterwegs und frage immer alle anderen Kollegen aus den Städten, wir werden ab 2017 eine bundesweite, und vor allem auch in Baden-Württemberg eine intensive Diskussion über die Finanzierung der Städte bekommen, weil fast alle auch wegen der zurückgehenden Förderung im ÖPNV und anderer Punkte einfach schon absehen können, wann sie in eine Situation kommen, wie wir sie jetzt hier miteinander diskutiert haben. Das sind nicht nur die Großstädte, das sind auch die mittelgroßen Städte. Das betrifft uns alle.

Drei Punkte sind mir noch mal zudem wichtig. Das eine, was die Verschuldungsplanung betrifft, ist dieser Haushalt nicht anders, als es die vorangehenden zwei bis drei Doppelhaushalte auch waren. Da waren Verschuldungen immer in ähnlicher Größenordnung eingeplant. Es ist keine Erfindung der neuen verjüngten Bürgermeisterbank hier oben, sondern es ist etwas, was in den vorherigen Haushaltsplanungen genau so drin war, was dann aber immer durch Sondereffekte eben ausgeglichen werden konnte. Insofern haben wir schon länger ein strukturelles Problem. Es macht keinen Sinn, ein längerfristig bestehendes strukturelles Problem mal eben während einer Haushaltsberatung lösen zu wollen. Das war der wesentliche Grund, warum wir hier in der Tradition geblieben sind, aber rechtzeitig und gleichzeitig gesagt haben, 2017 muss es dann anders werden. Natürlich haben wir jetzt einen positiven Ergebnishaushalt, aber wir haben weiter eine Neuverschuldung eingeplant für 2015 von 89 Millionen und für 2016 von 119 Millionen, und das nach Abzug dieser 7 Millionen Sondereinnahmen jetzt. Ich kann auch nicht erkennen, dass sich durch diesen Sondereffekt, der Gott sei Dank ein stetiger ist, die Situation grundsätzlich sehr verändert hat.

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken, es sind, nachdem was ich gehört habe, die ersten Haushaltsberatungen, die am Ende mit einem besseren Ergebnis rauskommen, als man in die Haushaltsberatung hineingegangen ist. Das ist ein ganz starkes Signal des Gemeinderates, dass man hier die Herausforderung der Zukunft erkannt hat. Ich möchte noch eine Lanze für die bisherigen Strukturkommissionen brechen, an denen ich allerdings noch nicht teilnehmen konnte. Es hat nicht an den Strukturkommissionen gelegen, dass man in früheren Zeiten nicht schon mehr eingespart hat, sondern die von der Strukturkommission vorgeschlagenen Maßnahmen sind dann im Gemeinderat im allgemeinen wieder kassiert worden. Das auch nur zur Ehrenrettung früherer Strukturkommissionen. Wenn wir uns jetzt hier vornehmen, dass es dieses Mal anders wird, dann haben wir schon die Weichen richtig gestellt.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich möchte noch ein Wort an die FDP-Fraktion richten. Wenn hier heute der Haushalt keine Mehrheit findet, dann würde das in einem Bundes- oder Landesparlament bedeuten, die Regierung muss zurücktreten, weil sie den Haushalt nicht durchgebracht hat. So ist es eben in der Kommune nicht. In der Kommune würde bedeuten, wenn heute der Haushalt nicht mehrheitlich durchgeht, dann hätte der Herr Oberbürgermeister praktisch freie Hand auf Grundlage des letzten Haushalts zu agieren wie er will. Er müsste auf nichts Rücksicht nehmen, was wir in zwei Tagen beschlossen haben. Von daher verstehe ich, dass einige Mitglieder hier im Hause so agieren und dem Haushalt nicht zustimmen. Dass die FDP so handelt, muss ich ehrlich sagen, verstehe ich nicht, weil das letztendlich kommunalpolitisch keinen Sinn macht.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Nur eine kurze Bemerkung zu Herrn Cramer. Ich war in einem Parlament und kenne die parlamentarisch-politischen Regeln. Hier ist es, wie Sie gesagt haben, anders. Die FDP hat in der Vergangenheit zweimal nicht dem Haushalt zugestimmt. Dieses Mal haben wir gerade, auch wie Herr Kalmbach, das sehr ernst überlegt, und wir waren überrascht über die Haltung der CDU. Das ist aber eine Privatsache von der CDU, aber wenn man in einem Haushalt wieder und wieder sagt, dies ist ein falsches Signal, dieses ist eine falsche Verteilung zwischen öffentlicher Hand und privat, dann finde ich, dass es logisch ist, dass man auch so handelt.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung über die endgültige Haushaltsentscheidung. Es ist üblich, nicht mit der Karte zu agieren, sondern aufzustehen. Insofern bitte ich jetzt alle sich zu erheben, die diesem Haushaltsentwurf so zustimmen.

(Die Stadträte, die dem Haushalt zustimmen, erheben sich von den Plätzen.)

Es sind 36 gezählt worden. Das wird nicht angezweifelt. Wer gegen diesen Haushalt ist, bitte ich, sich zu erheben. Wir machen das sicherheitshalber mal so.

(Die Stadträte, die dem Haushalt nicht zustimmen, erheben sich von den Plätzen. Es sind die Stadträte Hock, Høyem, Jooß, Wenzel, Bernhard, Dr. Schmidt, Schmitt -pl-, Fostiropoulos, Döring und Stadträtin Zürn.)

10 dagegen. Wer Enthält sich? Dann haben wir 36 dafür, 10 dagegen. Damit ist der Haushalt mit großer Mehrheit angenommen und wir treffen uns alle in der Strukturkommission zu dem Thema intensiv wieder. Herzlichen Dank für dieses große Vertrauen.

Wir haben uns jetzt noch nicht darauf verständigt, wie wir mit dem Antrag der KULT umgehen. Wir hatten empfohlen, das in die Strukturkommission zu verweisen. Sie haben das so akzeptiert. Ich will es einfach nur noch einmal fürs Protokoll festhalten. Dann werden wir diese Vorschläge der Bürgerbeteiligung bei der weiteren Bearbeitung und Aufstellung des Haushaltes über die Strukturkommission dann diskutieren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
17. April 2015